Zafer Toprak

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei zwischen den Weltkriegen

Eric Hobsbawm bezeichnet die Zwischenkriegszeit als „Katastrophenzeit“. Die zwanzigjährige Zeit zwischen 1919-1939 ist für ihn in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die finstere Periode des 20. Jhs. Die Demokratie machte fortwährend Rückschritte; sie wurde von autoritären und totalitären Regimes abgelöst. Und eben in dieser kritischen Zeit wurde die Republik der Türkei gegründet; ein neuer Nationalstaat bildete sich heraus.

Die Zwischenkriegszeit ist jene Periode, in der sich die liberale Demokratie im Niedergang befand. Zwischen 1918-1920 wurden die Legislativorgane von zwei, in den zwanziger Jahren von sechs, in den dreißiger Jahren von neun und unter deutscher Besatzung von weiteren fünf Staaten Europas aufgelöst. Nur in England, Finnland, Irland, Schweden und der Schweiz funktionierten die demokratischen Institutionen ohne Unterbrechung. Wenn wir unser Augenmerk über Europa hinweg richten, so sehen wir als nicht autoritäre und konstitutionelle Staaten nur Kanada, Kolumbien, Costa Rica, die USA und Uruguay, das letztere bekannt als die Schweiz Lateinamerikas. In der Zeit zwischen beiden Kriegsenden lösten sich die politischen Bewegungen in der Welt von der liberalen Bahn ab und verlagerten sich entweder nach links oder nach rechts. Und in der übrigen Welt, die größten Teils aus Kolonien bestand und in ihrer eigentlichen Bestimmung nicht liberal war, verabschiedete man sich von den bestehenden rudimentären liberalen Verfassungen. Anfang der dreißiger Jahre wurde in Japan das gemäßigte liberale System von einem nationalistisch-militaristischen Regime abgelöst. In Thailand konnte man lediglich einige Versuche für konstitutionelle Regierungen registrieren. Auf den Kontinenten außer Europa und Amerika gab es kein demokratisches Regime bis auf Australien und Neuseeland. Kurz: Der Liberalismus befand sich in der ganzen Welt auf dem Rückzug. Dieser beschleunigte sich mit der Machtübernahme Hitlers. Während es 1920 in der ganzen

Zafer Toprak

Welt insgesamt 35 gewählte und konstitutionelle Regierungen gab, reduzierte sich diese Zahl 1938 auf 17. Und 1944 hatten nur 12 von insgesamt 64 Staaten in der Welt ein demokratisches und konstitutionelles Regime.¹

Roger-Gerard Schwartzberg, u.a. Minister für akademische Bildung in Frankreich zwischen 1983-1986, schenkt in seinem Standardwerk zur politischen Soziologie dem politischen Regime der Türkei zu dieser Zeit besondere Beachtung, insofern er es als Beispiel für Einparteiensysteme in Entwicklungsländern nimmt. Er stellt verallgemeinernd fest, daß Einparteiensysteme als Instrumente einer Oligarchie oder einer persönlichen Macht dienen. Die Türkei Kemal Atatürks nennt er eine Ausnahme. Nach Schwartzberg war die Türkei weder in ideologischer noch in struktureller Hinsicht ein totalitärer Staat. Der türkische Staat nahm Partei für eine demokratische Ideologie und für die pluralistische westliche Demokratie; in ihren Strukturen ähnelte die Republikanische Volkspartei (CHP), die in der Türkei von der Republikgründung bis 1946 die einzige zugelassene Partei war, der radikalen Partei Frankreichs.

In Werken der politischen Soziologie wird die türkische Erfahrung mit dem Einparteiensystem im Allgemeinen als eine Übergangsproblematik angesehen. Es ist eine heikle Angelegenheit, einen Zusammenhang zwischen dem Einparteiensystem und der Demokratie herzustellen. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß das politische Leben der Türkei in der Zwischenkriegszeit eine modernisierende Funktion erfüllte. Eric Hobsbawm gehört zu den ersten Historikern, die auf diese Funktion hingewiesen haben. Er sieht in der Türkei das erste Beispiel eines Regimes mit modernisierender Dynamik in der Dritten Welt. Die türkische Revolution pflegte die Bindung zum Fortschritt und zur Aufklärung gegen das Traditionelle und zu einem Populismus, der von allen Streitthemen der liberalen Demokratie unberührt blieb. Wo eine *middle class*, die als Träger der Revolution fungieren könnte, fehlte, übernahmen die Intellektuellen und nach dem Ersten Weltkrieg die Militärs diese Aufgabe. Atatürk setzte das Modernisierungsprogramm der „Jung-Türken“² kompromißlos in die Praxis um.³ Der einzige Schwachpunkt der türkischen Revolution war, daß sie kaum Einfluß auf die gesellschaftliche Struktur in der Landwirtschaft gewann. Dieser Umstand kann als eine natürliche Folge des Gedankenguts der Modernisierung gesehen werden. Nach Hobsbawm liegt das größte Dilemma der Revolution in der islamischen Welt, in ihrer Beziehung zu den Massen. Hobsbawm erklärt die Tatsa-

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

che, daß die sich mit Weltgeschichte befassenden Historiker in der chaotischen und von Katastrophen betroffenen Welt die Türkei übersehen haben, unter anderem damit, daß gleich daneben eine andere Revolution, die russische von 1917, die Welt erschütterte. Indessen waren auch die Folgen der türkischen Revolution erheblich. Die türkische Republik verdient diese zweitrangige Stellung in der Geschichtsschreibung nicht. Ebenso wie der Sieg der Demokratie nach dem Weltkrieg auch die Türkei mitbestimmte, so war sie auch von den Regimekrisen, die mit Verträgen wie Versailles, Saint Germain, Neuilly, Trianon eingetreten waren, beeinflußt. Auf dem Balkan waren Diktaturen in der Zwischenkriegszeit verbreitet. Nach dem Weltkrieg gingen demokratische Regime eines nach dem anderen unter; an ihre Stelle traten autoritäre Regime. In diesen Ländern diente der italienische Faschismus vielfach als Vorbild. Der erste Zusammenbruch kam in Albanien. In Jugoslawien entstand ab 1929 unter König Alexander I. eine Diktatur. Ein ähnlicher Fall war König Karol in Rumänien. Bulgarien wurde seit 1935 mit eiserner Faust vom König Boris regiert. Griechenland litt unter der Diktatur von General Metaxas.

Ein weiterer Umstand, der die Auflösung der liberalen Strukturen begünstigte, war die Wirtschaftskrise 1929. Die Türkei milderte diese Krise durch den Etatismus. Dagegen führte die Krise von 1929 auch noch zu einem politischen Zusammenbruch in Griechenland, das 1928 mit Venizelos eine Chance zur Demokratie erlangt hatte. Am Ende löste General Kondiles das griechische Parlament auf. Die Republik wurde durch die Monarchie abgelöst. Mit der Bemächtigung Metaxas' durch den König begann endgültig eine Zeit der Diktatur in Griechenland.⁴

Das Problem ist nicht aufzuklären, solange man nicht zwischen der strukturellen Beschaffenheit der Demokratie und politischer Demokratie differenziert. Vor allen Dingen die Änderungen in der Parteisatzung der CHP, die auf dem außerordentlichem Parteitag nach dem Tod Atatürks vorgenommen wurden, lassen sich durch die Theorie politischer Demokratie nicht erklären. Diese Änderungen zielten darauf ab, in der Partei dem Parteivorsitzenden unumschränkte Herrschaft einzuräumen. Nur ein absoluter Herrscher, so das Argument, könne vereinzelte Individuen organisatorisch zusammenhalten. Die Rolle des „Führers“ war vor allem in solchen Ländern wichtig, die ein neues politisches Leben begannen. Er war eben derjenige, der politische Gedanken in einheitliche Prinzipien umsetzte, sie zur Reifung brachte, für die Verbreitung der richtigen Gesinnung sorgte, sie ver-

Zafer Toprak

stärkte, die Politik des Landes lenkte und die politische Bildung der Individuen förderte. Eine häufige Änderung in der Führung der Partei war zu vermeiden, da dies „Schwäche in der Autorität“ zur Folge haben würde. Wenn die herausragende Persönlichkeit des Vorsitzenden der Partei von allen Bürgern den Status „Nationaler Führer“ verdiente, so war es unangebracht, auf den Parteitag alle vier Jahre die Stellung dieser Persönlichkeit in Frage zu stellen. Die Anerkennung des Status des „unablösbaren“ Parteivorsitzenden, so die Überlegung, werde dieses hohe Amt stabilisieren und durch die Verstärkung der Autorität den nationalen Belangen entsprechen. Diese Argumentation war gemeinsamer Nenner der totalitären und autoritären Regime, auch Kontinentaleuropas.

Alle diese politischen Vorgänge hingen in der Türkei mit Populismus zusammen. Der Populismus als „Volkstümlerrichtung“ prägte die erste Periode der republikanischen Türkei.

Das Rußland des 19. Jhs. bildete für viele Entwicklungsländer einen ideologischen Prototyp. Dies gilt teilweise auch für die Türkei. Der Populismus kam in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. bei intellektuellen und politischen Kreisen der neuen unabhängigen Länder auf. Das Ineinandergreifen der Ideologien nach dem Zweiten Weltkrieg nahm vor allem in nichtwestlichen Ländern eine besonders komplizierte Form an. Die Widersprüchlichkeit der neuen Ideologien und die Koexistenz der unvereinbar erscheinenden „Idealtypen“ wie Traditionalismus-Modernismus, Konservatismus-Radikalismus, Nationalismus-Sozialismus beschäftigten nun die Sozialwissenschaftler.

Der Populismus erscheint als eine Reaktion auf rasche Veränderungen in Wirtschaft und Politik. Er impliziert den Anspruch der Macht ergreifung im Interesse des ganzen Volkes. Für diese Bewegungen ist charakteristisch, daß sie ihren Ursprung im Volk und in archaischen Teilen der Gesellschaft finden. Diese wurden für sie zum Inbegriff der Tugend und der Rückkehr zu einfachen und traditionellen Werten.

In Ländern wie Rußland, wo der Populismus seine Ursprünge hat, ging die Auflösung der präkapitalistischen Strukturen viel langsamer. In dieser Hinsicht weisen der osmanische und russische Populismus ähnliche Züge auf. Die russische Bewegung der Volkstümler wurde den osmanischen Intellektuellen durch Balkanintellektuelle und türkische Einwanderer bekannt. Die Einflüsse der Narodniki machten sich auf dem Balkan in den letzten Jahrzehnten des 19. Jhs. unter Schriftstellern und Lehrern bemerkbar. Andererseits wurden die türkischen nationalistischen Einwanderer wie Yusuf Akçura, Ahmed

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

Agaoglu, Hüzeyinzade Ali von Panslavismus und Populismus beeinflußt. Diese Kreise spielten dann während und nach der zweiten konstitutionellen Revolution⁵ im Populismus und Türknationalismus eine wichtige Rolle. Und schließlich stand auch die sozialistische Bewegung „Hintschak“ der armenischen Intellektuellen, die sich gegen die nationalistische Bewegung „Taschnak“ formierte, unter dem Einfluß der Ideen der Narodniki. So war es klar, daß auch die nationalistischen türkischen Intellektuellen im Bann dieser Strömung standen.

Hüseyinzade Ali, ein Autor der Zeitschrift „Halka Dogru“ (Zum Volke) und Mitglied der Zentrale der Organisation „Ittihat Terakki“⁶, galt als Gelehrter des Türknationalismus und Populismus. Er gilt als derjenige, der den Panslavismus und Sozialismus auf die Türkei angewendet hat. An der Universität Petersburg, wo er studierte, kam er mit Kommunen revolutionärer Studenten in Berührung. Nachdem er sein Medizinstudium in Istanbul aufnahm, gründete er mit einigen Kommilitonen den geheimen Studentenverein Ittihat Terakki nach dem Modell der Narodniki. Mit Ziya Gökalp löste sich der Populismus der türkischen konstitutionellen Bewegung vom Sozialismus und orientierte sich am Durkheimschem Soziologismus. Dieser Populismus nahm in den schwierigen Zeiten des osmanischen Staats den ideologischen Charakter des Solidarismus und der Vertretung nach Berufsständen an.

Der Populismus erscheint in der Türkei zunächst im Programm der CHP als Einheitspartei und später 1937 in der Verfassung. Auch heute noch ist er Bestandteil des Programms der linken Parteien. Der gesellschaftliche Inhalt des Populismus in der Einparteienperiode kristallisiert sich nach dem nationalen Befreiungskampf (der zwischen 1919-1923 stattfand) während der Gründungsarbeiten für die „Volkspartei“ heraus. Mustafa Kemal (Atatürk) bekundet in seiner Presseerklärung am 6. Dezember 1922 sein Vorhaben, eine populistische Volkspartei zu gründen. Am 13. Januar 1923 erklärte er: „Ich stelle mir eine Partei vor, die sich mit ihrem Programm Wohlstand und Glück aller Klassen der Nation zum Ziel setzt.“ Mustafa Kemal tritt dann eine Reise ins Landinnere an, um für die Partei mit der These zu werben, daß die gesellschaftlichen Klassen trotz ihrer Interessengegensätze aufeinander angewiesen seien. In einer Rede sagte er: „Diese Nation hat wegen politischer Parteien viel gelitten. Es ist eine Tatsache, daß die Parteien in anderen Ländern auf wirtschaftlichen Zwecken beruhen, weil es in diesen Ländern verschiedene Klassen gibt. Als Ausgleich für eine Partei, die sich für die Vertretung bestimmter Klassen-

interessen einsetzt, wird eine andere Partei gegründet, die für andere Klasseninteressen steht. Das ist verständlich. Aber die Volkspartei umfaßt nicht einen Teil, sondern die Ganzheit der Nation. Wir müssen uns nur einmal die Zusammensetzung unseres Volkes vergegenwärtigen:

Wie Sie wissen, sind wir ein Agrarland und die Mehrheit des Volkes sind Bauern. So denkt man als Gegensatz an Großgrundbesitzer. Aber wieviele Menschen verfügen denn bei uns über Großgrundbesitz? Eine Untersuchung wird zeigen, daß wir bei der Größe unseres Landes von Großgrundbesitzern nicht reden können. Dann kommen die Handwerker und Kleinhändler in den Kleinstädten. Selbstverständlich müssen wir für ihre Interessen und ihre Zukunft sorgen. Auch bei ihnen kann man nicht von Großkapitalisten reden. Und die wenigen, die über Kleinkapital verfügen, werden wir nicht zu Feinden erklären. Dann kommen die Arbeiter. Heute gibt es bei uns Fabriken nur in begrenzter Zahl. Die Zahl unserer Arbeiter liegt nicht über zwanzigtausend. Dabei brauchen wir viele Fabriken zur Entwicklung unseres Landes; dafür sind Arbeiter nötig. Aus diesem Grund müssen wir auch die Arbeiter beschützen. Dann kommen die Intellektuellen und Wissenschaftler. Ist es denkbar, daß diese sich gegen das Volk stellen? Die ihnen zufallende Aufgabe ist es, das Volk aufzuklären und ihm den Weg zum Fortschritt zu zeigen. So sehe ich unser Volk. Folglich sind die Interessen verschiedener Berufsstände miteinander vereinbar und daher darf man das Volk nicht in Klassen einteilen. Alle sind Teile eines und desselben Volkes.“

Eine Wirtschaftskonferenz, die im gleichen Jahr in Izmir tagt, macht die „berufliche Solidarität“ zum Thema. In Sitzungen, in denen die Meinung von Vereinbarkeit der Interessen von verschiedenen Berufsständen vertreten wird, lehnt man die Existenz der Klassen und Klassenkonflikte ab und unterstreicht die „nationale Solidarität“ als Grundprinzip. Im 11. Absatz des „Vertrags für Wirtschaftsprinzipien“ heißt es, daß „die Türken ungeachtet ihrer Klassen- und Berufszugehörigkeit einander von Herzen lieben.“ Der Wirtschaftsminister Mahmut Esat brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß „in unserem Land nach wie vor keine Frage der Klassen im wirtschaftlichen Sinne existiert“. Es komme auf die Einheit des Volkes an. Alle wirtschaftlichen Stände mußten sich vereinen und in einer Organisation zusammen tun.

Parallel zur Gründung der „Volkspartei“ beschloß das erste Parlament Neuwahlen und löste sich am 1. April 1923 auf. In den Neuwahlen kamen die Kandidaten der Widerstandsvereine („Müdafai Hukuk

Cemiyeti“) ins Parlament, und die Abgeordneten verhandelten anschließend über die Satzung der Volkspartei, bis sie am 9. September 1923 angenommen und dadurch die Partei offiziell gegründet wurde. Die Satzung sagte über das Prinzip des Populismus: „Die Volkspartei versteht unter ‘Volk’ nicht eine bestimmte Klasse. Alle Individuen, die keinen Anspruch auf Privilegien erheben und die Gleichheit aller vor dem Gesetz akzeptieren, gehören zum Volk. Die Populisten sind Individuen, die keine Privilegien für bestimmte Familien, Klassen, Gemeinschaften und Individuen anerkennen und bei der Gesetzgebung souverän handeln.“

Die Freie Republikanische Partei, die in den dreißiger Jahren den Versuch des Übergangs zum Mehrparteiensystem machte und die Macht der Volkspartei in Frage stellte, beunruhigte die Parteifunktionäre und Atatürk. Gegen sie begann eine Kampagne mit dem Vorwurf, sie sei anarchistisch, reaktionär und kommunistisch. Sie mußte sich auflösen, nachdem auch Atatürk ihr seine Unterstützung entzog. Nachdem auch die anderen Versuche, Oppositionsparteien zu gründen, fehlschlagen, blieb die Volkspartei ohne Alternative und bestimmte in den folgenden Jahrzehnten allein die Politik des Landes. Die Partei sollte die ganze Nation umfassen, und so schien die Existenz anderer Parteien bzw. gesellschaftliche Organisationen überflüssig.

Parallel zur etatistischen Praxis und voranschreitenden Industrialisierung mußte sich die VP mit dem Problem der gesellschaftlichen Klassen beschäftigen. Im Parteiplenum 1931 wurde einer Arbeitsgruppe die Aufgabe erteilt, Gesetze zu entwerfen, die Klassenkämpfe verhindern sollten. Der Generalsekretär der Partei, Recep Peker, der starke Mann dieser Jahre, erläuterte das Populismus-Prinzip wie folgt: „Es geht um die Bildung einer einheitlichen Masse von Individuen, die Einsicht in die Begriffe Nation und Nationalität haben. Verschiedenheiten müssen nicht Grundlage gemeinsamer Interessen als Klassenzugehörigkeit sein. [...] Die Beispiele auf der ganzen Welt zeigen, daß Klassengegensätze einen erbarmungslosen Kampf unter den Bürgern zur Folge haben. Dieser Kampf zerstört allmählich die nationale Einheit und die Idee der Nationalität. Dieser Konflikt vergeudet die nationale Energie. Daher lehnen wir die Klassenbildung ab.“

Streik und Aussperrung wurden in der Folge untersagt. Es sollte verhindert werden, daß die Arbeiterschaft die Industrie zerstörte. Andererseits durften die Kapitalbesitzer die Arbeiter ungerecht behandeln und unterdrücken. Bei Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sollten letztere die Schiedsrichterrolle übernehmen. Mitte

der dreißiger Jahre war die Industrialisierung vorangeschritten, und die Zahl der Arbeiter erreichte ein beachtliches Niveau.

„Im Lande entsteht eine breite Arbeiterklasse. Als Folge unserer industriellen Entfaltung wird die Zahl der Arbeiter immer größer. Was kann man anderes erhoffen, als daß die Arbeiter, die sich als natürliche Folge des Fortschritts verbreiten, von den klassischen Klassenkämpfen und von Strömungen, die sich gegen den für alle negativen Strömungen anfälligen liberalen Staat stellen und ihn mit einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat zu ersetzen suchen, verschont bleiben, und daß sich diese Bürger nicht von Gefühlen vergiften lassen, die sowohl für das Land als auch für sie selbst Katastrophen bringen würden.“ Zur Frage der gewerkschaftlichen Organisation meint Recep Peker: „Diese Organisation wird sich im Gegensatz zu klassischen Arbeiterorganisationen auf die nationale Idee stützen. (...) Die türkischen Arbeiter werden der Existenz des Staates Rechnung tragen.“

Die „Kader“-Bewegung, die Anfang der dreißiger Jahren als eine radikale Interpretation des Kemalismus entstand, befand sich in der Frage des Populismus im Einklang mit den Zeittendenzen. Die Vertreter kritisierten den liberalen Staat und die Klassengesellschaft als identische Erscheinungen und vertraten „einen nationalen klassenlosen Staat“. In ihrer Zeitschrift „Der Kader“ schrieb Vedat Nedim, daß das Ziel „eine klassenlose Nation ohne Widersprüche“ sei. Allerdings gesteht er ein, daß die Nation noch nicht so weit sei. Aber die Klassengegensätze in der Türkei dominierten nicht im politischen Leben. „Der türkische Staat ist kein Klassenstaat.“ Der türkische Staat sei eine Institution der Nation. Durch entsprechende Wirtschaftspolitik könnten Klassenkonflikte vermieden werden. Ein anderer Autor der Zeitschrift, Ismail Hüsrev, ist der Meinung, daß die türkische Revolution weder mit der französischen von 1789 noch mit der russischen von 1917 vergleichbar sei. Die Französische Revolution sei ein Aufstand gegen den Feudalismus gewesen, und mit der Revolution habe die Bourgeoisie die Macht ergriffen und dadurch ein neues System der Klassenherrschaft gegründet. Und die sowjetische sei eine Reaktion auf die französische: Das Proletariat habe die Bourgeoisie entmachtet und eine eigene Herrschaft errichtet. Die türkische schließlich sei eine Reaktion sowohl auf die französische als auch die russische Revolution. Die türkische Revolution sei keine Klassenrevolution, sondern eine Revolution zur Nationswerdung ohne Klassen und Widersprüche.

Eine hochentwickelte türkische Wirtschaft und eine klassenlose türkische Nation ohne Widersprüche könnten nur durch eine auf Etatismus

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

beruhende Wirtschaftspolitik erreicht werden. Ismail Hüsrev unterscheidet drei Arten des Etatismus: Fiskalischen, sozialistischen und nationalistischen Etatismus. Seiner Meinung nach bestehe der sozialistische Etatismus in der Sowjetunion. Fiskalischer Etatismus bedeute, daß der Staat nur für staatliche Einkünfte wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehe. Für die Türkei komme der nationalistische Etatismus in Frage. Sein Prinzip sei die Verteidigung der Souveränität nach außen hin und im Innern der Aufschwung der „nationalen Wirtschaft“ im Interesse aller Bürger. Der Staat solle Investitionen in Bereichen von allgemeinem Interesse und in Bereichen mit hohem Kapitaleinsatz selbst übernehmen. Individuelle Unternehmen blieben von staatlichen Eingriffen solange verschont, wie sie nicht in Konflikt mit nationalen Interessen gerieten. Um das nationale Kapital vor Verlusten zu schützen, würde der Staat Kapitalbewegungen unter Kontrolle nehmen. Die nationale Wirtschaft dürfe sich nicht frei bewegen; sie solle sich unter bewußter und geplanter Aufsicht entwickeln. Diese Art Etatismus war struktureller Bestandteil aller nationalen Befreiungsbewegungen. Sie können ihre wirtschaftliche Ordnung nur auf dieser Basis etablieren. Und eine etatistische Struktur setzt Kader voraus. „Im nationalistischen Etatismus steht der Staat nicht im Dienste irgendeiner Klasse. Er bildet organisationstüchtige Kader, die die Belange des Staats vertreten. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten werden von einem technischen Kader angeordnet und verwaltet, der im Interesse der Nation handelt.“

Für den Vertreter der Kader-Bewegung ist das Merkmal, das den elitären Kader als einzige bewußte Kraft der Revolution von faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Bewegungen unterscheidet, der klassenlose Nationalstaat. Nach Sevkett Süreyya verpflichteten sich die faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Organisationen „dem offenen oder maskierten Klassenkampf und der Klassendiktatur“. Diese Organisationen entstanden durch Klassenkämpfe, wuteten im Blut und verschrieben sich der Diktatur der einen oder anderen Klasse. Der Etatismus im türkischen Nationalismus sei damit als geistige und historische Reaktion auf die europäische Gesellschaftsordnung aufzufassen. Dies habe weder inhaltlich noch formal mit faschistischen und kommunistischen Formen des Etatismus zu tun.

Die türkische Revolution sei gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen hochentwickelten und unterentwickelten Staaten. Die nationalen Befreiungsbewegungen seien die Folge dieses Widerspruchs. Und die Klassenwidersprüche in entwickelten Ländern gingen aus

Zafer Toprak

kolonialer Ausbeutung hervor. Sevket Süreyya war derjenige, der im Kreis der Kader-Bewegung die Ideen des Standpunkts der „dritten Welt“ entwickelte. Nach ihm sind die sozialistischen Bewegungen und Klassenkämpfe struktureller Bestandteil des Kapitalismus. Dieser Kampf ändere nichts am ausbeuterischen und imperialistischen Charakter gegenüber den Kolonien und unterentwickelten Ländern. Deshalb haben die Klassenkämpfe nur in den entwickelten Ländern Bedeutung. Aber es sei ein Denkfehler zu glauben, daß die moderne Ordnung nur in einem System mit Klassengegensätzen existiere. Die Klassenkämpfe betreffen nur einen kleinen Teil der Welt, aber der koloniale Widerspruch gelte überall auf der Welt. Daher hänge die Aussicht auf eine neue Ordnung eben von den Befreiungskämpfen der kolonialisierten Welt ab. Und die türkische Befreiungsbewegung sei hierfür das typische Beispiel. In dieser Hinsicht seien die aufständischen Nationen die treibende Kraft im Weltmaßstab, so wie die Klassenkämpfe die treibende Kraft in Europa sind.

Die fortschreitende Industrialisierung in den dreißiger Jahren aktualisierte die Arbeiterfrage wieder. Mit dem Arbeitsgesetz von 1936 sollte das Arbeitsleben in Einklang mit der neuen Ordnung gebracht und Harmonie gestiftet werden. Im Parlament verkündet Recep Peker, das Gesetz sei „ein Schutzwall gegen die Aufspaltung der Bürger in Klassen“ und werde die schwarzen Wolken der Klassenmentalität hinwegfegen. Daß die Türkei eine klassenlose Gesellschaft sei, wurde in den dreißiger Jahren von vielen Intellektuellen vertreten. Necmettin Sadak, der im Populismus den „Ausdruck des Willens und Gewissens des Volkes“ sieht, meint, daß in der Türkei kein Adel existiere und keine Klassen zustande gekommen seien, da die Mehrheit des Volkes aus Bauern bestünde, die selbst Produzenten seien. Nach Sadak ist der Populismus eine demokratische Revolution: „Weil die demokratische Revolution in der Türkei nicht das Werk einer bestimmten Klasse ist, sondern des kollektiven Gewissens, führte sie anstatt zu Klassenkämpfen zu sozialer Eintracht und Solidarität. So hat der Populismus das Ideal, die türkische Nation als eine Masse zu begreifen, deren Individuen sich nur durch ihre Tätigkeiten unterscheiden, und sie kulturell und zivilisatorisch voranzubringen.“

M. Saffan Engin vertritt in seinem 1938 erschienenen Buch „Die Prinzipien der kemalistischen Revolution“ ähnliche Gedanken. „Die Klassenkämpfe Europas und unser Populismus lassen sich nicht vereinbaren. Wir befinden uns in einem Prozeß, der Klassenbildung und Standesunterschiede ausschließt.“ Derselbe Autor erklärt, daß der Po-

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

pulismus das Mehrparteiensystem ablehnt; im Namen der nationalen Interessen weist er auf die Notwendigkeit des Einparteiensystems hin.

Abgesehen von Intellektuellen schwacher marxistischer Kreise, die in ihren Äußerungsmöglichkeiten eingeschränkt waren, war die Auffassung von einer „unprivilegierten, klassenlosen und einstimmigen Masse“ weit verbreitet. Auf dem außerordentlichen Parteitag 1938 bemerkt Mahmut Esat Bozkurt in seiner Rede: „... keine Partei der zivilisierten Welt hat ihre Nation so ganzheitlich vertreten wie die unsere. Keine war so aufgeschlossen und wahrhaft wie die CHP. Wir kennen nur eine Einheit an, ohne Herr und Diener. Diese Einheit ist die türkische Nation.“ Anschließend vertritt er die Meinung, daß die klassenlose Gesellschaft das Einparteiensystem voraussetze, daß das Mehrparteiensystem zur Klassenbildung führe und die Demokratie nur im Einparteiensystem zu erreichen sei: „Wenn eine Einheit und ein Ideal in der klassenlosen türkischen Nation existiert, wie soll man dann rechtfertigen, mehrere Parteien zu gründen? Wäre das nicht künstlich? Und wer kann die türkische Nation dazu zwingen? Die Existenz mehrerer Parteien ist nicht das Ausschlaggebende in Demokratien. Sogar für Rousseau als Wegbereiter der modernen Demokratie sind viele Parteien ein Hindernis des nationalen Willens.“

Die klassenlose Gesellschaft ist keine phantastische Fiktion, in der alle Mitglieder gleich sind und den gleichen Anteil an der Produktion bekommen. In jeglicher Gesellschaft wird eine Minderheit im Vergleich zur Mehrheit mehr verdienen und sich weniger anstrengen müssen und die Möglichkeit erlangen, über andere Teile der Gesellschaft Macht auszuüben. Es geht nicht darum, das zu verhindern, sondern zu verhindern, daß es Schaden zufügt. Die Verschiedenheit der Menschen muß nicht unbedingt als ein Mißstand verstanden werden.“

Ein weiterer Anhaltspunkt des Populismus dieser Zeit war der hohe Stellenwert des Bäuerlichen. In diesen Jahren suchte man die nationalen Werte auf dem Land. Für die Populisten war der Zuwachs des Städtischen dekadent. Das städtische Leben war materialistisch. Die Herausbildung der Klassen und die Klassenkämpfe im Westen war eine Folge der städtischen Entwicklung. Um diese zerstörerischen Klassenkämpfe zu vermeiden, mußte der Stadtentwicklung Einhalt geboten werden.

Bei der Verbreitung des Populismus spielte die Zeitschrift „Ülkü“ (das Ideal) in den dreißiger Jahren eine wichtige Rolle. Sie kam in einer Krisenzeit heraus, in der die Entscheidung über das Einparteiensystem endgültig gefallen war. Die Volkshäuser, die 1932 ihre Tätig-

Zafer Toprak

keit aufnahmen, waren die kulturellen Zentren der Einheitspartei. Ihre Zeitschriften verbreiteten eine romantische Auffassung über ländliche Armut. Eine der ersten Zeitschriften, die die dörfliche Orientierung vertrat, war „Atsız Mecmua“, herausgegeben von Nihal Atsız. Diese Zeitschrift erschien 1931. Ihr Motto „Es gibt kein Ich, Du, Er oder Sie, sondern nur Wir“. Nach Nihal Atsız entfaltete sich die Revolution im Dorf. Die türkische Jugend müsse sich mit dem Dorf eins fühlen, sein Glück und Leid teilen. Das wahre türkische Volk seien die Bauern. Nach Atsız war die Türkei vom Imperialismus umzingelt. Gegen die „roten, weißen und schwarzen“ Imperialisten, die sich jeden Tag neue Kolonien und Sklaven suchten, müsse durch die „gesellschaftliche Gliederung“ die „wirtschaftliche Existenz“ verstärkt und die türkischen Arbeiter und Bauern, die die solideste Grundlage dieses Ziels bildeten, müßten unterstützt werden. Anatolien sei seit Jahrhunderten ohne Wohlstand gewesen. Die Bauern hätten in dieser Ruine unter elenden Bedingungen der Armut und Krankheit arbeiten müssen. „Es ist unsere Pflicht, die Leiden der Bauern zu teilen, deren Arbeit zum Brot für uns und deren Schweiß zum Blut in unseren Adern geworden ist.“ Die Zeitschrift „Atsız Mecmua“ sollte sich ins Volk begeben und Wegweiser für die Jugend sein, die es sich zur Aufgabe machte, die türkischen Bauern zu unterstützen und zu retten.

„Wenn die Jugendlichen, die seit Jahren in den Straßen Istanbuls vom Proletariat schwärmen, es mit ihrer Ergriffenheit ernst meinen, so müssen sie nach Anatolien eilen und dort für die Bauern arbeiten. Es nützt den türkischen Bauern nichts, daß in Istanbuler Straßen Appelle zu hören sind, in Salons Diskussionen geführt werden und schließlich Bücher in Gefängnissen gelesen werden, die mehr an Luxus aufzuweisen haben als ein Dorf, und die Thesen nur in Gerichtssälen zu hören sind.“

Die Bewegung „zum Volke“, die mit dem Erscheinen der Zeitschriften „Türkische Heimat“, „Zum Volke“ und „Türkisches Wort“ begann, war zugleich der Anfang einer geistigen Tradition, die sich in der Bewegung der dörflichen Orientierung fortsetzte. Das Dorf ist bei den türknationalistischen und pantürkistischen Zeitschriften der Raum, wo die arische Rasse zu suchen war. Das Dorf war der Ort, wo die türkische Kultur ihre Echtheit beibehielt. Einer der Vertreter der dörflichen Orientierung in den vierziger Jahren war die Zeitschrift „Kopuz“ und ihr Herausgeber Fethi Tevetoglu. Nach „Kopuz“ sind an dem elenden Zustand des türkischen Dorfs die Intellektuellen schuld. Obschon die türkischen Intellektuellen kultiviert und stark wirkten, seien sie in

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

Wirklichkeit scheinheilig und verkommen. Sie hätten die türkische Kultur degeneriert und den türkischen Geist geschwächt. Dagegen seien die türkischen Bauern, obschon sie schwach und unwissend aussähen, stabil und widerstandsfähig. Die große Aufgabe liege darin, den Abstand zwischen den Intellektuellen als Ausbeutern und den Bauern als Ausgebeuteten aufzuheben. Für ihr Überleben benötigte die Stadt eine äußere Macht. Sie ist von außen, vom Dorf als ihr Hinterland, abhängig. Aber das Dorf funktioniere in sich selbst. Es würde durch Kriege nicht zusammenbrechen.

Diesen Thesen zufolge war der Konservatismus eine große Tugend. Beispielsweise das Scheitern des Versuchs des seldschukischen Staates, die persische Sprache an die Stelle der türkischen zu setzen, gehe auf den Konservatismus des türkischen Dorfs zurück. Auch der Fall Frankreichs, das in den dreißiger Jahren die katastrophalen Folgen des Weltkriegs relativ leicht überwinden konnte, sei damit zu erklären, daß es „ein Bauernstaat“ war, und nicht etwa damit, daß es zu den Siegern des Kriegs gehörte. Andererseits sei das Dorf eine Quelle, die der Stadt frische und gesunde Kräfte zuführe. Die Stadt sei die Utopie des Kommunismus. In der kollektivistischen bzw. kommunistischen Utopie der Materialisten und Deterministen werde das Dorf überflüssig aufgrund der hochtechnisierten maschinellen Landwirtschaft in der Zukunft. Die Menschen würden in Großstädten zusammenleben und ihre Lebensmittel und Rohstoffe durch eine hochentwickelte und intensive Bewirtschaftung bekommen, die mit beschränkten Produktivkräften zu führen sei. Dadurch würde sich die Klasse von Bauern auflösen, und die ganze Welt bestünde aus Proletariern. Diese Auffassung der Materialisten und Deterministen, die den Standpunkt der Stadt widerspiegele, bezwecke die Auflösung des Dorfes und die Abwanderung der Menschen in die Stadt. Die dortige komplexe Arbeitsteilung würde die Menschen zu Zahnrädern in einer großen Maschinerie ohne eigene Identität verwandeln. Dieses Paradies auf der Welt sei also keinesfalls erstrebenswert, im Gegenteil, diese Welt von Maschinen-Menschen würde für jeden die Hölle sein.

Sowohl der Populismus als auch die dörfliche Orientierung sind die Folgen des Solidarismus der Zeit der zweiten konstitutionellen Revolution (II. Mesrutiyet). Solidarismus blieb auch in der Einparteienperiode wirksam. Das Populismus-Prinzip der CHP stützte sich weitgehend auf Solidarismus. In der Zwischenkriegszeit distanzieren sich die autoritären Regime, die an Boden gewannen, offenkundig von li-

Zafer Toprak

beralen Staat; sie sahen den Prozeß der Nationbildung als mit dem liberalen Staat unvereinbar.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor der Solidarismus allmählich an Boden. Nach 1946 versuchten die CHP-Funktionäre im Rahmen des Übergangs zum Mehrparteiensystem die Einparteienperiode zu interpretieren, ohne die Parteigeschichte in Zweifel zu ziehen. Ismail Hüsrev Tekin begründet in seinem Buch „Die Weltanschauung und die sozialen Auffassungen der Republikanischen Volkspartei“ den Solidarismus-Kurs der Partei wie folgt: In der Zeit des nationalen Kampfes hätte die ganze Nation im Bewußtsein von der nationalen Einheit am Krieg teilzunehmen. Jegliche Bewegungen, die der nationalen Einheit schaden könnten, müßten verhindert werden. Nach dem Frieden von Lausanne hätten auch verschiedene Gegenbewegungen die nationale Einheit zunichte machen wollen. So wie der nationale Kampf in nationaler Einheit gewonnen worden wäre, müßte auch der nationale Aufschwung mit dem gleichen Einheitsgefühl erfolgen. Die nationale Unabhängigkeit könnte nur durch Entfaltung eines nationalen gemeinsamen Lebens aufrechterhalten werden.

Aus diesen Gründen kamen die Vorkämpfer der türkischen Revolution „in ihrem Kampf unter inneren und äußeren Bedingungen zu dem Schluß, daß das soziale und nationale Leben mit den Individuen und Institutionen ein ganzheitliches und widerspruchsloses Gebilde sein müßte und dies eine solidaristische Welt- und Gesellschaftsansicht voraussetzte“. Diese Ansicht bildete dann die Grundlage aller anderen Prinzipien wie Revolutionarismus, Laizismus u.a.

In einem neuen Paragraph, der im Parteitag 1943 angenommen wurde, kam diese Ansicht bündig zum Ausdruck: „Der Zusammenhalt unter den Bürgern, die Eintracht aller geistigen Kräfte sind unerläßliche Prioritäten und unter Umständen mit allen Maßnahmen aufrechtzuerhalten.“ (Paragraph 32)

Nach Hüsrev Töken sieht der Solidarismus die Gesellschaft als eine Ganzheit: Das Individuum ist demnach Bestandteil einer organischen Einheit. Die Gesellschaft bzw. die Nation ist nicht die Summe mechanisch zusammengefaßter Individuen und Institutionen. Vielmehr sei die Nation ein organisches Ganzes; das Individuum könne sich nur in der nationalen Existenz behaupten, und dies setze eine enge Solidarität unter den Individuen voraus.

Die Annahme einer Klassenlosigkeit der türkischen Gesellschaft spiegelt aus seiner Sicht den romantischen Geist dieser Zeit. Die Türkei sei tatsächlich niemals frei von Klassen- und Standesunterschieden.

Das Einparteiensystem und der autoritäre Modernismus in der Türkei

den gewesen.

Das Prinzip der nationalen Einheit bildete während der ganzen Revolutionsperiode die Basis des politischen Lebens. Die Republikanische Volkspartei entwickelte sich in dieser Zeit zu einem politischen Instrument der Konfliktlösung im Interesse der Nation. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Übergang zum Mehrparteiensystem. Die CHP erkennt die Existenz verschiedener Parteien und ihre Beziehungen zueinander im Rahmen der nationalen Sicherheit und Einheit an. Die Rede des „nationalen Führers“ auf dem außerordentlichen Parteitag am 10. Mai 1946 widerspiegelte die neue Haltung: „Das Programm unserer Partei untersagt die Gründung der Parteien auf Klassenbasis. Sie werden jetzt über die Abschaffung dieses Paragraphen verhandeln. Wir werden in unserem eigenen Programm unseren Standpunkt beibehalten, gegen Klassenkämpfe und für die Harmonie zwischen verschiedenen Klassen zu sein. Wir werden die Gründung von Vereinen und Parteien, die die Klasseninteressen vertreten sollen, nicht verhindern. Was wir gesetzlich verbieten werden, sind Vereine und Parteien, die Instrumente einer Verschwörung und Nachahmung fremder Organisationen sind. Auch die Vereine und Parteien, die die Religion zu politischen Zwecken mißbrauchen, werden weiterhin gesetzlich bekämpft.“

Die Demokratie kann sich ohne eine pluralistische und partizipatorische Ordnung des Parlamentarismus nicht entfalten. Andererseits ist die Demokratie ein System des gemeinsamen Nenners; mit anderen Worten ein System der Kompromißbereitschaft auf der Basis gemeinsamer Grundwerte. Sie funktioniert nur dann, wenn Meinungsunterschiede toleriert werden. Die objektiven Bedingungen der Demokratie haben sich in der Türkei unter den Bedingungen der Einparteienperiode herausgebildet. Die Verabschiedung des bürgerlichen Gesetzbuches, das das Privatleben regelte, und das Wahlrecht der Frauen zielten darauf ab, für umfassende politische Probleme strukturelle Lösungen zu bringen. Der Wunsch, zu einer Industriegesellschaft zu werden, sollte langfristig das Fundament der demokratischen Gesellschaft bilden. So erfüllte die Einparteienperiode, obschon ihr die politische Demokratie fehlte, zugleich durch ihr Modernisierungsprogramm die Funktion, die objektiven Bedingungen der Demokratie vorzubereiten. Allerdings werden in der gleichen Zeit Demokratie und Pluralismus ins Abseits gestellt.

Die Türkei verfolgte in den dreißiger Jahren zu keiner Zeit den Kurs der Balkan-Diktaturen. In einer Zeit, wo der Antisemitismus an

Zafer Toprak

Boden gewann, gebot die Republikanische Regierung dem Rassismus Einhalt; sie distanzierte sich von der militaristischen Gesinnung, die in Kontinentaleuropa dominierte. Das Parlament wurde zu keiner Zeit aufgelöst. In dieser Zeit wurde weder Staatsterrorismus eingesetzt wie auf dem Balkan, noch die Gesellschaft durch Mißhandlung und Folter niedergedrückt. Deshalb wäre es einseitig, wenn man die modernisierende Funktion des Einparteienregimes außer acht lassen und nur nach Kriterien einer politischen Demokratie beurteilen würde.

- 1 E. Hobsbawm, *The Age of Extremes: A History of the World, 1914-1991*, London 1994.
- 2 *Jung-Türken*: Eine national türkische Reformbewegung westlicher Ausrichtung seit 1865, die seit etwa 1900 besonders von Saloniki aus Einfluß auf das türkische Offizierskorps gewann.
- 3 E. Hobsbawm, *The Age of Empire: 1875-1914* (Anm. 1).
- 4 S. J. Lee, *The European Dictatorships 1918-1945*, London 1987.
- 5 Im Osmanischen Reich wurde die erste Verfassung 1876 eingeführt. Nach rückläufigen Entwicklungen wurde die Monarchie 1908 zum zweiten Mal konstitutionell eingeschränkt
- 6 *Ittihat Terakki*: Ursprünglich eine Geheimorganisation, die die gleiche Linie wie die Jung-Türken vertrat und deren Nachfolger war. Sie bewirkte die zweite konstitutionelle Revolution und bestimmte von 1909 bis 1918 die Regierungspolitik.